



Der Kommentar im Hammel:

150 Jahre SPD – Kommunalpolitik ist Gesellschaftspolitik

Die Kommunalpolitik der SPD orientiert sich an ihren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Deshalb sind soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Integration, Toleranz und Demokratie unverzichtbare Bestandteile sozialdemokratischer Politik vor Ort.

Dazu gehören bezahlbarer Wohnraum, gleiche Bildungschancen für alle, erschwingliche Kita-Gebühren und solidarisches Handeln für alle BürgerInnen.

Sozialdemokratische Politik basiert auf der grundgesetzlich normierten Gleichstellung von Mann und Frau. Die SPD setzte sich bereits vor dem Jahr 1900 für Frauenrechte ein und war maßgeblich an der Einführung des Frauenwahlrechts 1919 beteiligt. Die Gleichstellung der Geschlechter ist in Deutschland noch immer nicht hergestellt und deshalb weiterhin auch ein Aufgabenfeld der Kommunalpolitik. Angefangen von der geringeren Vollzeitbeschäftigungsquote bei Frauen, über die Defizite bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen bis zur ungleichen Einkommensverteilung

In immer komplexeren Zusammenhängen von Globalisierung und einem zusammenwachsenden Europa ist es vor allem die kommunale und regionale Lebenswelt mit ihrer einzigartigen Geschichte und Kultur, die Heimat, Gemeinschaft, Überschaubarkeit und Sicherheit bietet. Dabei sind zukunftsweisende und nachhaltige Weichenstellungen für die Kommune wichtig, damit der Anschluss nicht verpasst wird. Änderungen der festgefahrenen Pfade sind manchmal nötig, um sich dem Fortschritt nicht zu verschließen.

Sozialdemokratische Kommunalpolitik ist gelebte Demokratie nach dem Zitat von Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen“. Sie lebt von der Mitwirkung und der Beteiligung aller BürgerInnen, deren Engagement notwendig und erwünscht ist.

Die Entscheidungen über Vorhaben in der Gemeinde müssen genau überlegt werden. Möglichst viele BürgerInnen sollen davon profitieren. Lobbyismus zugunsten weniger lehnen wir ab.

Karin Waldmann

Für sozial gerechte Gebühren in der Kinderbetreuung

Die SPD-Fraktion hat sich bereits in der Vergangenheit konsequent und beharrlich für sozial gerechte Gebühren in der Kinderbetreuung eingesetzt. Eine Ausnahme von dieser Haltung wurde vor einigen Jahren nur gemacht, weil damals so günstige Gebührensätze festgelegt wurden, dass diese auch für Familien mit niedrigerem Einkommen sehr verträglich waren. Als dann die goldenen Zeiten für den Tammer Haushalt vorbei waren, wurden im Herbst 2010 die Kinderbetriebsgebühren teilweise massiv erhöht, unabhängig von der finanziellen Situation der einzelnen Familien. Die konservative Gemeinderatsmehrheit hat diesen Weg leider mitgetragen.

Kommunale Kinderbetreuung ist weder ein Luxus noch eine Freiwilligkeitsleistung. Kinderbetreuung ist vielmehr ein in einer modernen Gesellschaft unabdingbares Angebot – und das gleich aus mehreren Gründen:

- Kinderbetreuung soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen
- Kinderbetreuung ist gerade für den wachsenden Anteil Alleinerziehender unverzichtbar
- Kinderbetreuung stellt sicher, dass in einer relativ kinderarmen Gesellschaft Kinder die Möglichkeit erhalten, unter ihresgleichen aufzuwachsen
- Kinderbetreuung ist ein unverzichtbarer Baustein zur Stärkung der Integrationskraft in einer zunehmend individualisierten Gesellschaft
- Kinderbetreuung ist unverzichtbar als Bildungsangebot.

Deutschland hat unter den Staaten in Europa eine der niedrigsten Geburtenrate überhaupt und weltweit den höchsten Anteil dauerhaft kinderloser Frauen. Die Wissenschaft sieht einen der Hauptgründe hierfür in der in Deutschland besonders schwierigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dabei ist einerseits die Berufstätigkeit von Müttern bei bestens ausgebildeten Akademikerinnen und Facharbeiterinnen angesichts des demographischen

Wandels und zunehmenden Facharbeitermangels ein unabwiesbares Erfordernis von Wirtschaft und Gesellschaft und sichert uns allen heute und auch in Zukunft ein gutes Stück unseres Wohlstandes als Industrieland. Frauenerwerbstätigkeit ist aber, und dies gilt gerade auch für Frauen mit niedrigerem Einkommen, unverzichtbar zur Verhinderung von Altersarmut, von der bisher in besonderem Maße Frauen betroffen sind. Günstige Kinderbetreuung ist deshalb ein wertvoller Beitrag vorausschauender Sozialpolitik.

Natürlich ist es für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig, dass es überhaupt bedarfsgerechte, flexible und qualitativ hochwertige Angebote in der Kinderbetreuung gibt. Diesbezüglich befindet sich Tamm auf einem guten Weg.

Wenn die Kosten für die Kinderbetreuung allerdings so hoch angesetzt werden, dass insbesondere Familien mit geringen finanziellen Mitteln ernsthaft überlegen, anstatt der Nutzung von Kinderbetreuung lieber auf eine Erwerbstätigkeit zu verzichten, dann mag dies von Manchen als willkommene Möglichkeit zur Eindämmung der Nachfrage nach Kinderbetriebsplätzen angesehen werden. Gesellschaftspolitisch ist dieser Ansatz aber fast noch verhängnisvoller als die von CSU und CDU ausgelobte Herdprämie („Betreuungsgeld“). Die SPD steht für diesen Weg auf jeden Fall nicht zur Verfügung, und wir werden auch nicht müde werden, dies immer wieder zu wiederholen.

Die Tammer SPD steht deshalb nach wie vor für das Ziel einkommensabhängiger, nach der Kinderanzahl gestaffelter Gebühren. Nach dem Grundsatz, dass starke Schultern mehr tragen sollen als schwache, halten wir es für sozial gerechter, wenn Familien mit hohem Einkommen mehr zur Finanzierung der Kinderbetreuung beitragen als solche,

- Fortsetzung auf Seite 2 -

